Ein NachDenkSeiten-Leser, der in Stuttgart am 17. September gegen CETA demonstriert hatte, schickte uns eine empörte Mail. In Stuttgart habe als Vertreter der Gewerkschaften der stellvertretende Bezirksleiter von Ver.di, Gross, eine leidenschaftliche Rede gegen CETA erhalten. Bei der Veranstaltung habe es 100-prozentiges Nein der Gewerkschaften zu CETA gegeben. Und am Montag darauf werbe der DGB-Chef Hoffmann beim Konvent der SPD für die Annahme von CETA durch die SPD. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/160920_Egoistische_Einzelgewerkschaften_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Diese Unterstützung durch den DGB-Vorsitzenden wie auch durch IG Metall und IGBCE ist in der Tat ein Zeichen dafür, dass die Gewerkschaften in wichtigen Fragen auseinanderbrechen – siehe auch hier – und das „Gemeinwohl“ missachten.

Sie orientieren sich am vermeintlichen Interesse der Exportwirtschaft. „Vermeintlich“ deshalb, weil die deutsche Exportwirtschaft nicht unter mangelhaftem Freihandel leidet, und die Vorstellung, dass ihre Position auf den internationalen Märkten durch CETA oder andere Freihandelsabkommen verbessert würde, ohnehin auf Sand gebaut ist.

Nebenbei: Es könnte sein, dass die Meinungsbildung der Unternehmensleitungen und – unter dem Einfluss dieser – auch der Betriebsräte großer Betriebe schon wesentlich von großen Investmentfonds bestimmt wird. (Siehe dazu auch unsere Beiträge “Und hier frei Haus die Verschwörungstheorie fürs Wochenende: US-Fondsgesellschaften im Dienste des Imperiums?” und “Interessante Leser/Innenmails zu „US-Fondsgesellschaften im Dienste des Imperiums?““.

Das war der erste Fall.

Der zweite Fall gewerkschaftlichen Egoismus und Verzichts auf die Mitgestaltung einer vernünftigen Politik ist eng damit verbunden:

Die Gewerkschaften haben bisher die Politik der Exportüberschüsse und damit der

Importdefizite der Regierung Merkel, Schäuble und Gabriel unterstützt. Ohne Rücksicht darauf, dass das einem Lohnverzicht und insbesondere einer Schwächung der auf dem Binnenmarkt tätigen Unternehmen und Arbeitnehmer bedeutet. Und vor allem ist diese Politik unsolidarisch mit der Arbeitnehmerschaft anderer Länder, die unter der ungleichen Entwicklung von Exportüberschüssen/Importdefiziten bei uns und ihren mangelhaften Exportchancen leiden. Dorthin haben wir unter dem klammheimlichen Beifall der deutschen Gewerkschaften Arbeitslosigkeit exportiert. Und von dort locken wir junge Menschen aus ihrer Heimat hierher. Siehe dazu auch das NachDenkSeiten-Video: Künftig mehr Videos in den NachDenkSeiten. Heute zum Denkfehler „Exportüberschüsse sind prima“.

Der dritte Fall betrifft die Altersvorsorge:

Nachdem nun offensichtlich ist, dass die Privatvorsorge mit Riester-Rente und Rürup-Rente und auch die betriebliche Altersvorsorge mithilfe der Entgeltumwandlung Irrwege sind, wäre es angebracht und dringend notwendig, dass die Gewerkschaften einheitlich und mit ihrer ganzen noch verbliebenen Macht auf die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente und auch auf die Konzentration aller Anstrengungen und aller Mittel auf dieses Ziel drängen. Aber auch hier gibt es offensichtlich egoistische Eigeninteressen. Gewerkschaften nutzen die staatliche Unterstützung für die betriebliche Altersvorsorge offensichtlich für Eigenwerbung – ohne Rücksicht darauf, dass die Entgeltumwandlung die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente schwächt. Außerdem sind ihre Funktionäre teilweise in diesen Altersvorsorgesystemen beschäftigt und dotiert.

Gute, leistungsfähige und intakte Gewerkschaften zu haben, ist immer noch sehr wichtig. Wenn man das will, dann darf man ihren Ruf nicht beschädigen. Genau dies geschieht jedoch, wenn Einzelgewerkschaften und Einzelpersonen egoistisch handeln und die gesellschaftspolitische Verantwortung außer Acht lassen.

Zum Abschluss und quasi als Appell vor allem an die IG-Metaller will ich an ein Vorbild erinnern: Otto Brenner, langjähriger Vorsitzender der IG Metall war ein guter Streiter bei den Tarifverhandlungen; er hat aber obendrein noch gesellschaftspolitische Verantwortung wahrgenommen. Ein gutes Beispiel ist sein Engagement für Umweltschutz und für die Verbesserung der Lebensqualität. Otto Brenner hatte für den April 1972 eine Konferenz in Oberhausen angestoßen, deren Hauptthema die Forderung nach „Mehr Lebensqualität“ war.